

Wenn das KiBiz ruft

Erzieher verzweifeln am Bürokratismus

„Eltern werden zukünftig tiefer in die Tasche greifen müssen. Und auch die Stadtkasse wird stärker belastet.“ - So schätzt Britta Altenkamp, SPD-Landtagsabgeordnete aus dem Essener Westen die Folge des KiBiz ein, des neuen Kinder-Bildungsgesetzes.



Britta Altenkamp

Düstere Aussichten in vielen Essener Kindertagesstätten: Nach Expertenmeinung wird es zu Entlassungen kommen,

Ein Grund: Die Pauschalen wurden nach Werten von 2005 berechnet, Lohn- und Energiekosten sind jedoch seitdem zum Teil drastisch gestiegen.

Der STADTSPiegel hat

sich in Essener Kindertagesstätten umgehört, welche Folgen das KiBiz in die Einrichtungen gebracht hat. Am 1. August ist es gestartet. Ein Bericht zur Lage zum 15. Oktober. **Innenteil**

WEST ANZEIGER

Mittwoch, 15. Oktober 2008

Wenn das KiBiz ruft!

„Eltern werden zukünftig tiefer in die Tasche greifen müssen. Und auch die Stadtkasse wird stärker belastet.“ - So schätzt Britta Altenkamp, Essener SPD-Landtagsabgeordnete, die Folge des KiBiz ein, des neuen Kinder-Bildungsgesetzes. Mit dieser Meinung steht sie nicht alleine da. Der STADTSPiegel hat sich umgehört:

„Die Meldungen der Jugendämter zeigen, dass das Kinderbildungsgesetz hinsichtlich der Zahl der Plätze für Unterdreijährige, der Kindergartenplätze und der Ganztagsplätze völlig unterfinanziert ist. Dabei ist es an Dreistufigkeit nicht zu übersehen, dass der zuständige CDU-Landesminister Laschet in Düsseldorf das KiBiz als Erfolg feiert, ohne zu erläutern, wie denn der nun beehrte erforderliche finanzielle Mehraufwand gedeckt werden soll“, sagte die SPD Landtagsabgeordnete Britta Altenkamp. Nach wie vor gehe die schwarzgelbe Landesregierung davon aus, dass in 19 Prozent der Kosten durch Elternbeiträge erbracht würden. „Das passt aber vorne und hinten nicht. Im Landesdurchschnitt sind es rund 13 Prozent. Die Differenz müssen die Kommunen zahlen“, kritisierte die SPD-Politikerin.

Zwar sei jeder zusätzliche Kita-Platz ein Erfolg. Das Defizit bei den Elternbeiträgen müsse aber das Land übernehmen, wie es bis 2005 in Nordrhein-Westfalen auch in Praxis gewesen sei. Altenkamp warnte davor, den notwendigen Ausbau an Plätzen auf Kosten der Qualität umzusetzen. „Die Landesregierung ist in der Verantwortung, die Umsetzungsprobleme in den Kommunen ernst zu nehmen und entsprechende Unterstützung zu leisten“, forderte die Abgeordnete.

Fehlende Übergangsregelungen für die Einrichtungen, die ungeklärte Zukunft der Ergänzungskräfte, das Angebot atypischer Betreuungszeiten in den Einrich-

tungen und die Finanzierung von Rentenausgleichszahlen seien ungeklärte Details des KiBiz.

„Für die Träger sind das wichtige Fragen, zu denen die Landesregierung schweigt.“

„KiBiz - das ist für mich der größte Mumpitz der vergangenen Jahre!“, bringt es Oliver Kern, Geschäftsführer des Vereins für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten (vkj), auf den Punkt. „Sie müssen sich vorstellen: Wir haben unser gesamtes Angebot durchkalkuliert - die Gehälter der Erzieher, die Gruppenstärken und so weiter und so weiter. Aber ob wir wirklich alles so bewilligt bekommen, steht in den Sternen.“ Von der angekündigten Entbürokratisierung sei man zudem meilenweit entfernt. „Alles wird einfacher, hieß es doch vor Einführung von



Britta Altenkamp (Mdl, SPD)

KiBiz. Von wegen - wir ersticken in organisatorischen Arbeiten. Und kaum hat man den Wust von Formularen ausgefüllt, kommt ein neues Schreiben mit dem Hinweis: Bitte noch nicht absenden! Sie bekommen neue, korrigierte Unterlagen!“ Besonders häßlich sei die Tatsache, dass zur Berechnung der Kontingente der einzelnen Einrichtungen Zahlen aus dem Jahr 2005 als Grundlage herangezogen wurden. „Das ist einfach nicht mehr aktuell. Die Gehaltsstrukturen beispielsweise haben sich in dieser Zeit verändert, meine Mitarbeiter sind älter und damit auch teurer geworden. All das ist nicht berücksichtigt worden. Für mich ist ganz klar:



Oliver Kern, Geschäftsführer des Vereins für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten (vkj).

Dieses Gesetz ist von reinen Theoretikern gemacht worden, die die Situation in den Kindergärten nicht einschätzen konnten oder wollten. Ich bin da gerne bereit, Abhilfe zu schaffen. Minister Armin Laschet ist herzlich eingeladen, sich bei uns die dramatischen Auswüchse von KiBiz anzusehen - jederzeit!“

Bisher sind bei mir noch keine Beschwerden seitens der Eltern oder der Kindertagesstätten zum neuen Kinderbildungsgesetz eingegangen. Es scheint alles glatt zu laufen“, so Manfred Kuhmichel, MdL und wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Allerdings gäbe es in Zukunft, sicherlich hier und da noch Korrekturen vorzunehmen.

Heike Vogel, Leiterin Kita Planckstraße in Holsterhausen: „Der Grundgedanke, sich von Seiten der Politik mit dem Thema Kinder und Bildung zu beschäftigen, ist gut. Aber der Gedanke ist nicht zu Ende gedacht, die Rahmenbedingungen stimmen nicht. Man müsste an der Basis nachfragen, was genau in diesem Bereich im Argen liegt.“

„KiBiz hat uns eigentlich bis jetzt bereichert“, stellt Heike Christmann, Leiterin des kath. Kindergartens der Schönebecker Gemeinde St. Antonius Abbas, fest. „Dass wir jetzt auch schon zweijährige Kinder betreuen ist für alle eine schöne Erfahrung.“ Der Verwaltungsaufwand

sei zwar etwas höher, aber für sie als freigestellte Leiterin der Einrichtung durchaus zu schaffen. „Die Einführung von Kibiz ging vielleicht etwas zu schnell vonstatten.“

Zufrieden mit der Einführung von KIBIZ ist Beate Oeljeklaus, Leiterin der Kita St. Kamillus in Werden: „Ich bin sehr zufrieden mit dem neuen Gesetz, weil wir in diesem Kindergartenjahr erstmalig eine Gruppe für unter dreijährige Kinder anbieten konnten.“ Die Einführung der neuen Buchungszeiten der Eltern hat sie positiv erlebt. „Ich habe alle Zeiten genehmigt bekommen, so dass ich zwei Gruppen mit 35 Stunden und eine mit 45 Stunden anbieten kann.“ „Sie kennt aber auch die Kehrseite der Medaille: „Ich weiß, dass nicht in allen Kindergärten die Zeiten in allen Kindertagesstätten genehmigt würden, wie die Eltern es gerne gehabt hätten. Bei uns bleiben jetzt statt ehemals 25 „Snackies“ 41 Kinder über Mittag in der Kita, so dass ich als Pädagogin viel mehr Zeit habe, mit den Kindern tolle Sachen zu unternehmen“, freut sie sich. Auch den bürokratischen Mehraufwand sieht sie nicht so kritisch: „Statistikbögen auszufüllen, aber ich bin der Meinung, dass es zu bewältigen ist.“ Schade findet sie es, dass die neugewonnen Plätze gleichzeitig bedeutet haben, dass nicht alle über Dreijährigen angenommen werden konnten: „Leider sind dadurch viele Eltern auf der Strecke geblieben, die jetzt ein weiteres Jahr auf einen Platz für ihre Kleinen warten müssen.“



Manfred Kuhmichel (MdL, CDU)